

52. bundesweites Treffen des ABSP in Erfurt am 20.04.2013

Moderation: Hannover

Protokoll: Goslar

Teilnehmer: 14 MitstreiterInnen aus Brandenburg/Havel, Dresden, Gießen, Göttingen, Goslar, Halle/Saale, Hannover, Nordhausen, Wernigerode, Zeitz und Zwickau.

Tagesordnung lt. Einladung:

TOP 1: Begrüßung, Formalia (Moderation, Protokoll, Tagesordnung, Genehmigung letztes Protokoll) und kurze Vorstellungsrunde

TOP 2: Letzte Vorbereitungen für den Aktionsmonat Mai

TOP 3: Weitere Jahresplanung ABSP

TOP 4: Aktuelles

TOP 1: Formalia

Abstimmung zur Protokollerstellung per Mitschnitt:

einstimmig dafür

Tagesordnung lt. Beschluss (einstimmig angenommen):

TOP 1: Begrüßung, Formalia (Moderation, Protokoll, Tagesordnung, Genehmigung letztes Protokoll) und kurze Vorstellungsrunde

TOP 2: Inge Hannemann unterstützen

TOP 3: Letzte Vorbereitungen für den Aktionsmonat Mai

TOP 4: Weitere Jahresplanung ABSP

TOP 5: Aktuelles

Genehmigung letztes Protokoll (51. Treffen am 9.02.13 in Goslar):

Der Protokollentwurf wurde nach dem Treffen an alle Teilnehmer vom 9.02., die eine E-Mail-Adresse hinterlassen hatten, versendet. Außerdem wurde der Entwurf später am 2.04. per bundesweiter Rundmail versendet.

Abstimmung zu diesem Protokoll:

Das Protokoll vom 51. Treffen wird einschließlich geringer redaktioneller Korrekturen mit **10 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen und keiner Nein-Stimme** genehmigt.

Kurze Vorstellungsrunde:

Die TeilnehmerInnen stellen sich kurz vor. Sie nennen jeweils ihren Namen, den Ort aus dem sie kommen und in welcher Initiative/Organisation sie bei sich vor Ort aktiv sind.

Aktuelle Mitteilung: In Halle/Saale gibt es jetzt eine Zahltagsinitiative.

Kokreiskandidatur:

Ein Vertreter des Kokreises berichtet, dass ein Mitstreiter aus Hannover gegenüber dem Kokreis erklärte, er wolle für den Kokreis kandidieren. Auf die Gegenrede eines anderen Mitstreiters aus Hannover kann der Kandidat nicht antworten, da er nicht anwesend ist. Daraufhin beschließen die TeilnehmerInnen: Diese Kandidatur soll auf einem der nächsten Treffen, wenn der Kandidat selbst anwesend ist und Stellung nehmen kann, besprochen werden.

TOP 2: Inge Hannemann unterstützen

Halle/Saale schlägt vor, dass das ABSP sich öffentlich mit der Hamburger Jobcenter-Mitarbeiterin Inge Hannemann solidarisiert. Inge Hannemann outete sich in ihrem Blog als kritische Jobcenter-Mitarbeiterin, die sich für die ihr anvertrauten Hartz-IV-Betroffenen und damit auch für die Interessen aller Erwerbstätigen einsetzt. In der Folge wurde und wird sie von ihrem Arbeitgeber angegriffen. Von der Gewerkschaft bekam und bekommt sie unzureichende Unterstützung.

Es wird folgender Antrag gestellt: Der Kokreis erarbeitet einen Flyer und eine Pressemitteilung zur Solidarisierung mit Inge Hannemann. Der Antrag wird **einstimmig** angenommen. Die Flyer sollen auf dem Kirchentag in Hamburg verteilt werden.

TOP 3: Letzte Vorbereitungen für den Aktionsmonat Mai

Bis jetzt haben sich Initiativen aus 5 Städten für die Teilnahme am Aktionsmonat angemeldet. Zwickau schließt sich diesen an.

Die teilnehmenden Initiativen werden im Aktionsmonat Flugis verteilen, Unterschriften sammeln, sich an der jeweiligen örtlichen Mai-Demo beteiligen und andere Aktivitäten entfalten.

Begleitung/Beistand/Zahltag

Bevor die Diskussion zu diesem TOP vertieft wird, fragt ein interessierter Mitstreiter nach, wie Begleitung zu verstehen sei. Viele TeilnehmerInnen bringen dann Ihre Erfahrungen ein:

- In Betroffeneninitiativen oder im Bekanntenkreis geben wir Hilfe zur Selbsthilfe. Das ist immer gestattet. Rechtliche Beratung dürfen vorgenannte Personen nicht leisten.
- Helfer sollten sich zuallererst kundig machen, z. B. in Thomé-Seminaren oder im Selbststudium. Ein Beistand muss aber nicht rechtskundig sein!
- Der Begleiter kann als Zeuge fungieren (einfach nur mit Zettel und Stift dabei sein) oder für den Betroffenen sprechen.
- Begleiteter und Begleiter sollten sich vor dem Jobcenter-Termin absprechen, was wie erreicht werden soll und sich beim Gespräch mit dem Jobcenter-Mitarbeiter daran halten. Absprachen sollten auch für den Fall getroffen und eingehalten werden, wenn es während des Gesprächs zur Eskalation kommt.
- Wenn es um die Unterzeichnung einer Eingliederungsvereinbarung geht, sollte der Begleiter darauf hinwirken, dass der Betroffene die Eingliederungsvereinbarung mit nach Hause nimmt, dort in Ruhe liest und ggf. ergänzt, ehe er sie ggf. unterschreibt.
- Alles, was der Begleiter äußert, wird als gültiges Gespräch für den Betroffenen gewertet - ggf. auch zu Ungunsten des Betroffenen.
- Ein Beistand wird in der Regel schnell gebraucht, weil es meist um die Existenz geht.
- Auch mündliche Äußerungen der Jobcenter-Mitarbeiter sind Verwaltungsakte.
- Betroffene sagen, dass die Gespräche mit Jobcenter-Mitarbeitern ruhiger und sachlicher verlaufen, wenn ein Beistand dabei ist. Ein Begleiter verunsichert die Jobcenter-Mitarbeiter.
- Durch das Verteilen von Flugis vor dem Jobcenter oder passende Aktionen kann das Angebot der Begleitung den Betroffenen bekannt gemacht werden.
- Die, denen geholfen wurde, tauchen allerdings bei Protestaktionen im Allgemeinen nicht wieder auf.

TOP 4: Weitere Jahresplanung ABSP

Alle TeilnehmerInnen sind sich einig, dass die Kampagne für 10 Euro lohnsteuerfreien gesetzlichen Mindestlohn auf keinen Fall nach dem Aktionsmonat nachlassen darf. Nächste Aktionen im Rahmen dieser Kampagne werden Interventionen in den Bundestagswahlkampf sein. Im September wird es erneut einen Aktionsmonat für 10 Euro lohnsteuerfreien gesetzlichen Mindestlohn geben. Auch werden Gegenaktionen zu Wahlkampfaktionen der Parteien laufen.

Folgende weitere Ideen werden eingebracht:

- **Zahltag/Begleitschutz**
 - unterstützen durch Workshop für interessierte Aktive
 - Infos, wie es funktioniert, verbreiten
 - „Schleckerkampagne“ verbreiten
- **Abschaffung der Sanktionen** und damit des schärfsten Druckmittels (neben der Notwendigkeit von 500-10)
 - Sanktionen entziehen den Betroffenen teilweise oder ganz das Existenzminimum
- Ende Juni **Aktionswoche „Wohnen“** (zum Mietenthema)
- wo Zwangsräumungen drohen, aktiv werden/unterstützen

- Zum Aufruf für anrechnungsfreies Kindergeld gibt es eine bisher nur dem Kokreis vorliegende kritische Wortmeldung. Die Dresdener Mitstreiterin, welche den Aufruf unterstützt, fordert dazu auf, dass zunächst im Kokreis eine Debatte dazu geführt wird.

TOP 5 Aktuelles

Es wird angefragt, ob Care Energy ein ehrliches Angebot für von Armut betroffene Menschen macht. Der Kokreis erhält den Auftrag, das zu prüfen.

Das nächste Bundestreffen wird im Juni wieder in Erfurt stattfinden.